

Pressemitteilung

Finanzplan des Bundes: Investitionsbremse für den Klimaschutz

Berlin, 20.03.2019 – Der ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss, Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, kritisiert, dass laut Entwurf des Finanzplans des Bundes bis 2023 die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung weiterhin nicht vorgesehen ist. „Im Koalitionsvertrag ist sie enthalten – also sollte die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung auch umgesetzt werden“, sagt Dr. Andreas Mattner, Präsident des ZIA. „Dieses Instrument ist eine wichtige Triebfeder, um die Ökobilanz unseres Sektors weiter zu verbessern. Durch die Abschreibungsmöglichkeit könnte die Politik neue Potenziale für die energetische Ertüchtigung der Bestandsgebäude schaffen. Diese Chance darf nicht vertan werden, denn hier steckt das meiste Potenzial für die verbesserte Energieeinsparung. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, hier nachzubessern.“

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 25 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Kontakt

André Hentz
ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Tel.: 030/20 21 585 23
E-Mail: andre.hentz@zia-deutschland.de
Internet: www.zia-deutschland.de